



Herzlichen Glückwunsch!

Der BundeswehrVerband wird 70

© 1996 Bundeswehr/Baumant; Bundeswehr/Jana Neumann

3

Die Bedingungen
des Friedens und
die Agonie der UN
(Teil 2)

12

Wie der DBwV den
ständigen Wandel
der Bundeswehr
begleitet

17

Weniger Vorschrif-
ten, mehr Vertrau-
en – so gelingt gute
Führung

19

Moderne Unter-
künfte für ein
ganzes Bataillon

21

Kanada nennt
bevorzugten
Lieferanten für
U-Boot-Programm

22

Partnerschaft für
Brasiliens Luft-
verteidigung wird
gestärkt



CA-1EA

ELECTRONIC ATTACK

CA-1EA stört feindliche Radare tief im gegnerischen Luftraum - autonom und im Verbund.
So wird feindliche Luftabwehr unterdrückt und Luftüberlegenheit gesichert.

Die Bedingungen des Friedens und die Agonie der UN (Teil 2)

Von Manfred Opel

Der Kampf gegen die Vereinten Nationen

Um die UN zu umgehen, setzt US-Präsident Donald Trump zunehmend auf die Privatisierung von Diplomatie durch eigene transnationale Organisationen. Anfang 2026 gründete er dazu sein „Board of Peace“ (BoP), seinen persönlichen Friedensrat. Dieser sog. Friedensrat gilt als offene Kampfansage an die UNO und als direkter Gegenentwurf zu ihr.



Im Gegensatz zu den demokratischen UN-Strukturen besitzt Trump beim BoP den Vorsitz auf Lebenszeit und entscheidet allein über dessen Zusammensetzung, Organe und Aktivitäten. Staaten können sich zwar für eine Milliarde US-Dollar dort einen permanenten Sitz „kaufen“. Doch nur Trump entscheidet für den Rest seines Lebens über Themen und Maßnahmen sowie die Verwendung der Finanzmittel des BoP. Mit Demokratie hat das alles absolut nichts zu tun und es ist absehbar, dass Trump den BoP auch für große transkontinentale Unternehmen öffnen wird, um sie beeinflussen und manipulieren zu können.

Für Trump ist die von ihm verachtete UNO kein Partner bezüglich globaler Fragen und vor allem nicht für die Gestaltung des internationalen Rechts und des Friedens. Er will sie nur einsetzen, wenn er daraus direkte Vorteile für die USA oder insbesondere für seine eigenen politischen und persönlichen Absichten ziehen kann.

Trump verfolgt daher konkret eine besonders strukturierte Politik gegenüber den UN.

Dabei geht es vor allem um Einfluss, Herrschaft und sehr viel Geld:

1. Am allerwichtigsten ist es für Donald Trump, dass er uneingeschränkten Zugriff auf die vielen Milliarden US-Dollar hat, die dem BoP zur Verfügung gestellt wurden.
2. Er blockiert die UN nicht nur auf allen Ebenen, sondern er nutzt sie sogar selektiv, wenn es seinen eigenen Interessen oder denen der USA dient. Zudem sollen die UN eine „konstruktive Rolle“ übernehmen, wenn es um die Durchsetzung bestimmter Initiativen geht, die er persönlich initiiert hat.
3. Trump nutzt die Rolle der USA als bisher größte Beitragszahlerin der UN, um diese selbst wie auch deren Friedensmissionen finanziell ausbluten lassen zu können, falls diese nicht seinen eigenen Interessen uneingeschränkt folgen.
4. Zugleich betreibt Trump gegenüber den UN „eine Politik der gezielten Schwächung, der politischen Umgehung und des finanziellen Drucks“, um multilaterale Strukturen der UN durch bilaterale Deals im Sinne seiner America-First-Doktrin zu ersetzen.
5. Bestimmte UN-eigene oder UN-nahe Organisationen bekämpft Trump direkt. Ähnlich wie in seiner ersten Amtszeit blockiert oder verlässt seine Administration Institutionen, wie den UN-Menschenrechtsrat, da diese aus Trumps Sicht voreingenommen agieren und vorgeblich die Souveränität der USA einschränken.
6. Vor allem sorgen die USA dafür, dass bestimmten UN-Organisationen Gelder entzogen werden, mit denen sie Projekte fördern wollten, die Trump bekämpft.

Zusammengefasst wirft Trump den UN kollektives Versagen vor. Sich selbst bezeichnet er in diesem Zusammenhang jedoch ganz ungeniert als den einzigen „wahren Friedensstifter“, so als hätte es seine jüngsten Nahost-Bombardements und seinen Angriff gegen Venezuela nie gegeben. Trump kritisiert vor allem das Veto-System der UN als lähmend und politisch kontraproduktiv, womit er wohl im Grunde sogar Recht hat. In seiner Alternativ-Organisation BoP baut er jedoch

für sich selbst noch weit rigorosere Veto-Strukturen auf. Trump ist folglich weder konsequent noch ehrlich – was in Anbetracht seines Habitus‘ in Vergangenheit und Gegenwart allerdings niemanden überraschen dürfte.

Bei aller teilweise berechtigter Trump’scher Kritik an den UN bleibt jedoch die Frage unbeantwortet, wie denn eine alternative und vor allem eine wirkmächtige Weltorganisation aussehen müsste, die den Weltfrieden will und mit Sicherheit durchsetzen sowie bewahren kann. Es ist zudem vollkommen unklar, wer eine neue Welt-Organisation „anführen“ könnte oder auch sollte. Wie bisher kleinere politische Beamte aus kleineren Staaten, zudem erst in reiferem Alter, auf solche Posten zu berufen, ist, wie man bisher deutlich gesehen hat, dem Weltfrieden nicht besonders förderlich.

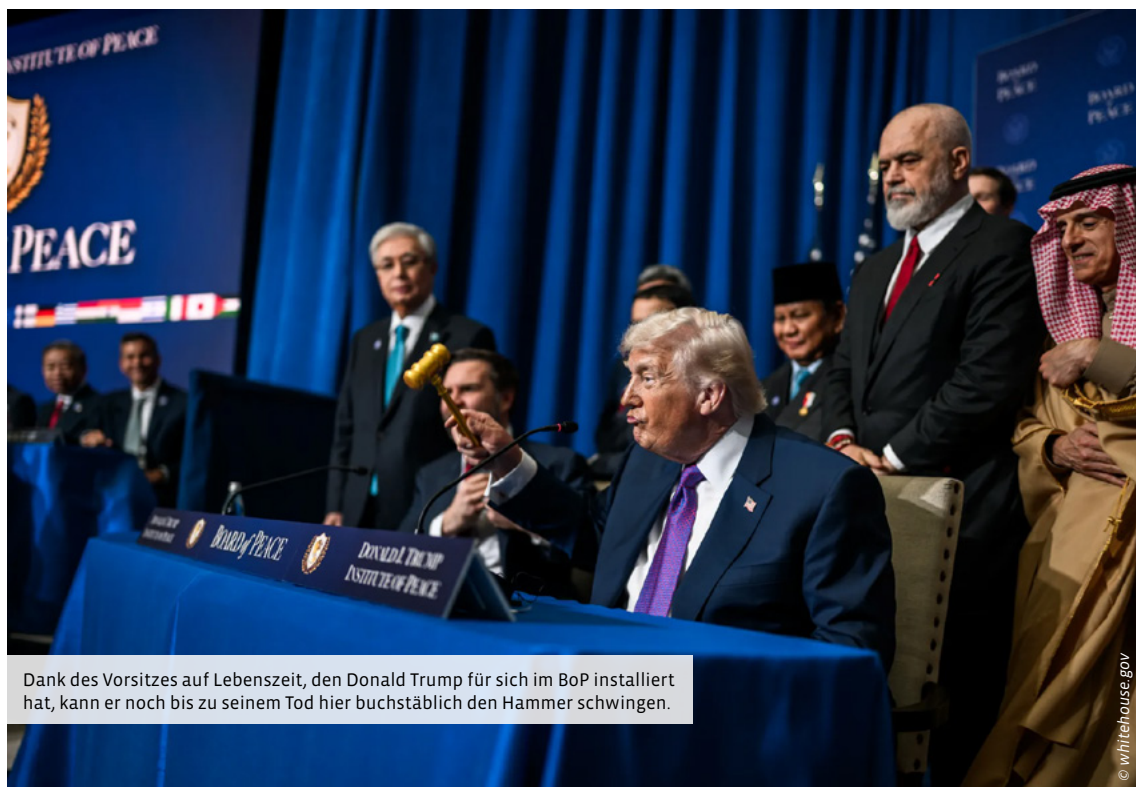
Bisher jedenfalls waren nur die UN-Generalsekretäre Dag Hammarskjöld und Kofi Annan bei der Sicherung des Weltfriedens erfolgreich. Während Hammarskjöld als Erfinder der modernen "vorbeugenden" Diplomatie gilt, erhielt Annan für seine humanitären Reformen und seinen Einsatz für internationale Sicherheit den Friedensnobelpreis.

Die strahlende Abendsonne der Politik

Wir alle wollen, dass unsere Rechte beachtet, eingehalten und durchgesetzt werden. Doch bereits der Begriff "durchsetzen" wirft ernste Fragen auf. Gegen wen, wie und mit welchen Mitteln sollen unsere Rechte durchgesetzt werden? Und vor allem: Wer sollte überhaupt feststellen, welche Rechte wir konkret in welchen Fällen haben und wer sollte dafür verantwortlich sein, zu bestimmen, welche von ihnen durchzusetzen sind?

Das alles ist eine Art moderne juristische Spielerei, für Trump jedoch ist es, wie gewohnt, alles ganz einfach, solange jeder das tut, was er verlangt. Und schon herrscht Frieden. ...glaubt zumindest er.

Dabei verwechselte er bereits wiederholt die Bereitschaft zur Unterwerfung mit der Bereitschaft zum Frieden. Und genau an dieser Stelle beginnen die ernstesten Probleme; denn der US-Präsident fordert mit seiner America-First-Politik nichts weniger als die Unterwerfung aller anderen Nationen unter die Herrschaft des „großen, weisen“ Donald J. Trump.



Dank des Vorsitzes auf Lebenszeit, den Donald Trump für sich im BoP installiert hat, kann er noch bis zu seinem Tod hier buchstäblich den Hammer schwingen.

Doch wie beispielsweise die zahlreichen juristischen Prozesse gegen ihn gezeigt haben, ist der „große“ Donald alles andere als ein fairer, den Menschen zugewandter oder kluger Politiker. Und auch die Art und Weise, wie er seine NATO-Verbündeten behandelt, werfen ein übles Licht auf den gegenwärtigen US-Präsidenten. Seine massiven Verstöße gegen die UN-Charta werden ihn und sein Amerika ohne jeden Zweifel eines nicht allzu fernen Tages einholen. Man kann daher nur hoffen, dass die Europäer, als die einzigen Hüter der Ideale einer freien Welt, sich auch dazu bereitfinden, den Frieden der Welt mit oder ohne UN tatkräftig und erfolgreich zu verteidigen. Die Kernfrage in diesem Zusammenhang lautet: Was sind die Europäer und ihre standfesten Partner willens und in der Lage, für den Weltfrieden zu tun?

Hier lohnt sich der Einschub eines Zwischengedankens: Obgleich diese Idee derzeit wohl noch in weiter Ferne zu liegen scheint, so ist es doch zweckmäßig, sich zu überlegen, ob nicht gerade heute eine Art „Marco-Polo-Bündnis“ zwischen Europa und China die wahre langfristige Perspektive für beide Partner darstellen könnte. Denn beide Regionen sind geradezu dafür geschaffen, den eurasischen Doppel-Kontinent gemeinsam zu entwickeln und langfristig zu einem wahren Reich des Friedens zu machen.

Um an dieser Stelle nicht falsch verstanden zu werden: Dabei geht es nicht um Eroberungen oder Unterwerfungen, sondern ausschließlich um die Sicherheit der Menschen und um die Implementierung eines stabilen Friedens im gesamten eurasischen Raum. Und es geht darum, anderen Nationen einen förderlichen „Friedens- und Entwicklungs-Schirm“ anzubieten. Denn eine adäquate wirtschaftliche Entwicklung ist zwar das Zeichen eines guten und friedlichen Staates, doch erst ein stabiler und andauernder Friede vermag den Menschen das zu geben, was sie zwingend benötigen, um einen Staat dauerhaft florieren zu lassen. Die Sicherheit Europas wäre sicherlich deutlich mehr geschützt, wenn sich China auf ein solches faires Sicherheitsbündnis einließe.



Im Jahr 2001 erhielt UN-Generalsekretär Kofi Annan zu gleichen Teilen mit den UN den Friedensnobelpreis – jenes Kleinod, auf das auch Donald Trump sein Längerem ein Auge geworfen hat.

Zugleich darf man an der politischen Macht der Demokratie nicht zweifeln. Derzeit arbeiten und studieren schätzungsweise 40 bis 50 Millionen Menschen chinesischer Abstammung oder Staatsbürgerschaft außerhalb Chinas. Davon leben allein rund 2,5 Millionen Chinesinnen und Chinesen in Europa und rund 10 Millionen Menschen chinesischer Herkunft in Nord- und Südamerika.

Anzeige

Verteidigung neu definiert.

Das Gefechtsfeld verändert sich rasant – **HENSOLDT** gestaltet die Zukunft mit Software-defined Defence für Multi-Domain Operations.

Mit modularen, softwarezentrierten Architekturen, Interoperabilität und datengetriebenen Innovationen befähigt **HENSOLDT** Streitkräfte, ihre Fähigkeiten dynamisch und effizient an sich wandelnde Bedrohungen anzupassen.

KI-gestützte Systeme, Cloud-Integration und hochmoderne Sensorik verwandeln Daten in handlungsrelevante Erkenntnisse in Echtzeit.

Wir folgen nicht der Innovation – wir definieren sie.

In Deutschland leben, studieren und arbeiten derzeit etwa 150.000 chinesische Staatsangehörige. Zählt man die eingebürgerten Chinesen dazu, sind es knapp 250.000 Personen.

Eine „Einheit der Vielfalt und des Friedens“ könnte so entstehen, denn China und Europa ergänzen sich in geradezu idealer Art und Weise. Natürlich lassen sich zahlreiche Argumente dagegen anführen, etwa die Menschenrechtssituation in China. Doch kein Argument ist am Ende geeignet, die langfristigen Vorteile, die eine solche friedensschaffende Kooperation nach sich ziehen würde, auch nur annähernd aufzuwiegen.



Herausforderungen eines offenen, fairen und freien Handels mit China könne man "in Kooperation und Dialog" bewältigen, sagte Kanzler Merz am Rande seiner China-Reise im Februar 2026. Eventuell gilt dasselbe ja auch für die Bewahrung des Friedens in der eurasischen Hemisphäre.

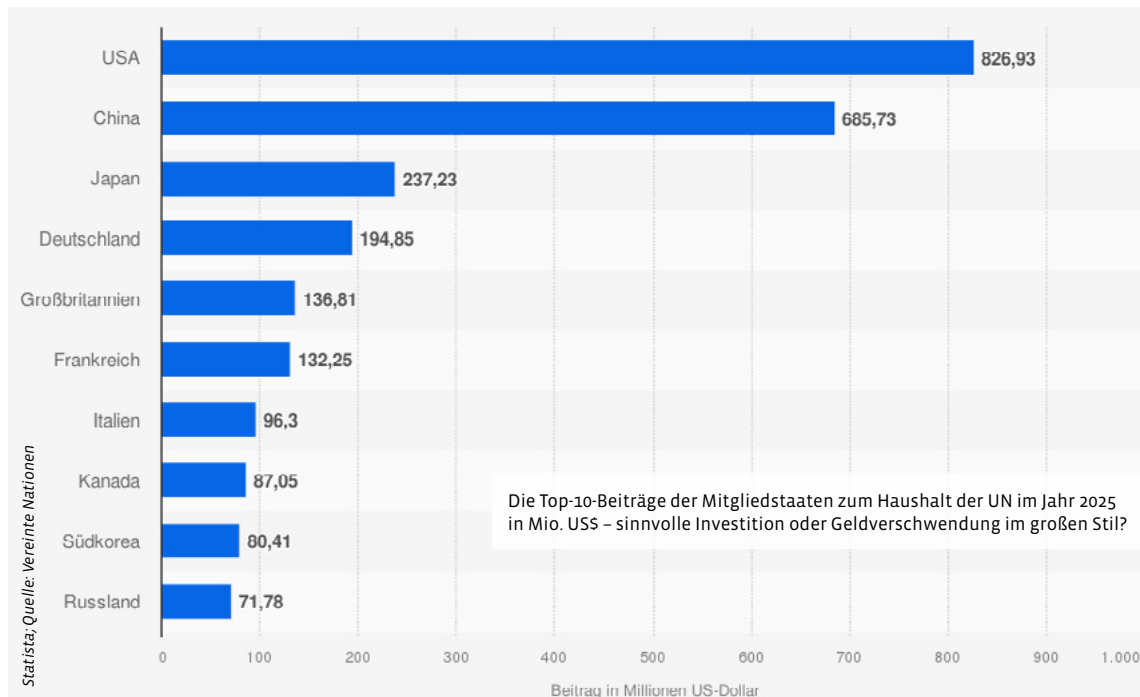
Wo der Krieg zuhause ist

Es sind vor allem die großen Nuklearmächte, welche einerseits die Vereinten Nationen als auch ihre „Hilfstruppen“ für eigene Zwecke benutzen und sich andererseits fortwährend herausnehmen, andere Länder grundlos zu bedrohen oder mit Krieg zu überziehen – Stichworte: Syrien, Venezuela, Iran, Taiwan oder Ukraine. Auch China gehört neuerdings zu diesen Mächten, die versuchen, durch ihre zunehmende Teilnahme an Friedensmissionen Einfluss zu gewinnen.

Die Kernfrage an jede weltweite Friedens-Organisation lautet daher: Wie kann sie es schaffen, den Frieden zu garantieren? Der heutigen Theorie der UN folgend, gelingt es sicherlich nicht, dieses Friedensziel durchzusetzen, denn die UN haben seit ihrer Gründung noch kein einziges Mal einen stabilen und dauerhaften Frieden schaffen können.

Jene Fälle, welche die UN derzeit selbst als ihre Erfolge anführt, in denen sie also Kriege beendet haben will, sind nach eigenen Angaben immerhin fünf:

- Zypern (seit 1964): Die UNFICYP-Mission verhindert ein Wiederaufflammen des Krieges zwischen den griechisch- und den türkisch-stämmigen zyprischen Volksgruppen.
- Kambodscha (1991–1993): Die UNTAC war eine der komplexesten Missionen der UN, die nach dem Terror der Roten Khmer das Land stabilisierte und den Weg für demokratische Wahlen ebnete.
- El Salvador (1992–1995) und Guatemala (1997–2004): Durch die Missionen ONUSAL und MINUGUA halfen die UN, Friedensabkommen umzusetzen und die Streitkräfte sowie das Polizeiwesen zu reformieren.
- Sierra Leone (1999–2005): Nach einem grausamen Bürgerkrieg entwaffnete die UN-Mission UNAMSIL die Rebellen, half bei der Reintegration ehemaliger Kämpfer und sicherte den Friedensprozess.
- Liberia (2003–2018): Nach Jahren des Bürgerkriegs unterstützte die Mission UNMIL die Entwaffnung von Kämpfern, den Aufbau einer neuen Polizei und die Durchführung von Wahlen, wodurch das Land dauerhaft stabilisiert wurde.



Das sind in insgesamt 54 Jahren gerade einmal 5 (fünf) offiziell als erfolgreich eingestufte UN-Friedenseinsätze; im Schnitt also alle 11 Jahre gerade einmal eine sog. „erfolgreiche“ Mission. Das legt den Gedanken nahe, dass das Friedens-Rational der UN vollkommen verfehlt ist. Wenn man zudem die ungeheuren Kosten und den Aufwand betrachtet, den diese UN-Missionen bisher bedeutet haben, dann gibt es sicherlich wesentlich bessere und preisgünstigere Methoden der Friedens-Sicherung.

Die als „erfolgreich“ eingestuften UN-Einsätze zeigen ganz klar, dass Friedenssicherung am besten funktioniert, wenn die Konfliktparteien von Beginn an echten Willen zum Frieden zeigen und die UN ein klares Mandat hat, das sich allein auf die Überwachung eines Friedens konzentriert.

Neben diesen Erfolgen gab es in der Geschichte der UN jedoch auch schwere Rückschläge, etwa in Ruanda, Somalia oder Bosnien (Srebrenica), wo insbesondere in den 1990er-Jahren auch UN-Friedensmissionen den Ausbruch von Völkermorden und massiver Gewalt nicht verhindern konnten. Die UNO hat selbst nie Kriege geführt, um Frieden zu erzwingen; sie entsendet Blauhelmsoldaten und Beobachter. Friedens-Phasen konnten durch solche Missionen jedoch nur dann gelingen, wenn die Konfliktparteien ernsthaft kooperierten. Das tun sie aber aller Erfahrung nach nur, wenn deren Führer dafür bezahlt werden.

Zudem heizen bestimmte Ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, also des formal höchsten Friedensgremiums der Welt, sogar internationale Konflikte permanent an und entsenden dorthin sogar eigene Söldner, die aktiv mitkämpfen – wie es zum Beispiel Russland bereits mehrfach getan hat und weiterhin tut.

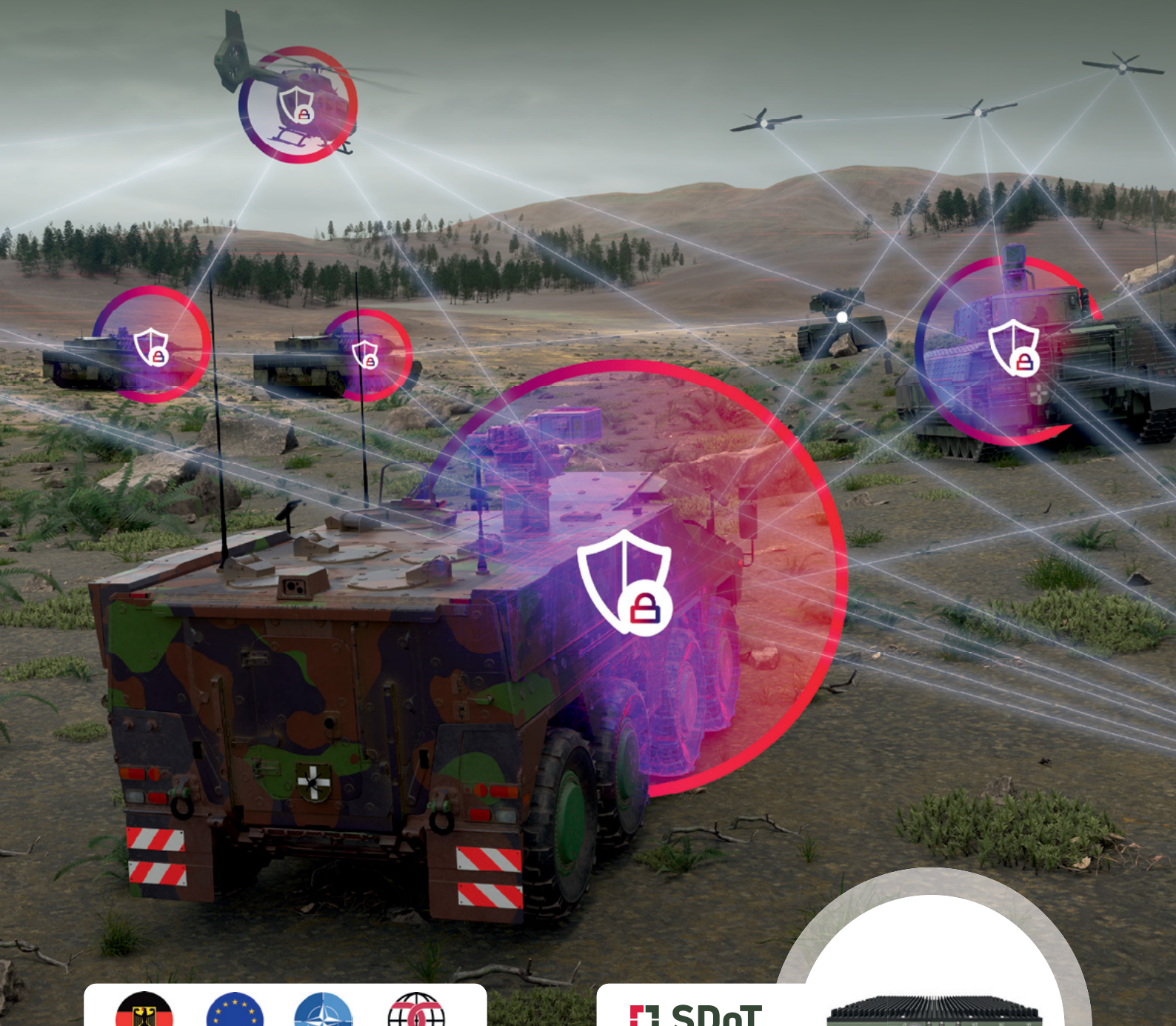
Zwar werden bestimmte Missionen der UN, wie z.B. die in Namibia (1989–1990) und El Salvador (1992–1995) immer wieder als Beweis angeführt, dass die UN „Frieden erzeugen“ könne. Die UNO hat sich jedoch als internationale Organisation noch niemals als Schöpferin eines belastbaren Friedens bewährt. Sie hat allenfalls als Friedensstifterin durch Mittel der Diplomatie und durch Vermittlungstätigkeiten in einigen Regionen zu einem Friedensprozess beigetragen, doch nachhaltig war dies bisher in keinem einzigen Fall. Woran liegt das und was ist zu tun?

Die UNO selbst besitzt noch heute kein einziges Instrument, um selbst Frieden erzwingen zu können. Und wer keine Mittel hat, der kann auch niemals Erfolge verbuchen. Daraus muss man schließen, dass die UNO, trotz einzelner Friedens-Aktivitäten, im Grunde überhaupt nicht gewillt ist, einen flächendeckenden Frieden in der Welt durchzusetzen.

SDoT COMP-LAND TE.

infodas
connect more. be secure.

Datenüberlegenheit für den Tactical Edge.



GEHEIM



EU SECRET



NATO SECRET



COMMON CRITERIA



SDoT

COMP-LAND TE



Die angeblichen „Erfolge“ von UN-Missionen sind stets an die Zustimmung der beteiligten Konfliktparteien gebunden. Wo diese fehlte, konnte logischerweise auch kein Erfolg erzielt werden – es sei denn, man ging auf die horrenden Zahlungsforderungen der Kriegsparteien ein. Genau das taten die UN, vor allem, weil die Kriegsparteien starke Förderung durch einige Supermächte erfuhren. Die UNO behauptet jedoch noch immer, dass ein Drittel aller von ihr seit dem Kalten Krieg abgeschlossenen Missionen ihre Mandate erfolgreich erfüllen konnten. Das jedoch ist eine grobe Lüge. Unterdessen sind rund 35 Jahre vergangen, ohne dass sich auch nur die geringste Besserung eingestellt hätte.

Das wiederum bedeutet, dass das viele Geld (derzeit mindestens 60 Milliarden Euro jährlich), das in der Zwischenzeit (rund 81 Jahre) für die UN ausgegeben wurde, in einem Gesamtumfang (nach aktuellem Wert) von rund 5.000 Milliarden Euro im Wesentlichen überhaupt nichts bewirkt hat. Insgesamt gilt: Weltweit gab es seit 1950 mehr als 250 größere bewaffnete Konflikte; die meisten davon in Afrika und in Südamerika, aber auch im südlichen Asien. Die UN haben in diesem Zeitraum zwar einige Dutzend Friedensmissionen durchgeführt und UN-Friedensexponenten schätzen die Erfolgsquote ihrer beendeten Missionen auf etwa zwei Drittel (rund 67%). Das ist jedoch mit absoluter Sicherheit eine weit übertriebene Zahl, wenn man „Erfolg“ mit „dauerhaftem Ende des Konfliktes“ gleichsetzt. Realistisch ist eine Erfolgsquote von max. 15%, bei der anhaltender Friede geschaffen werden konnte.

Die faktischen Ausgaben schwanken im Einzelnen, je nach Anzahl der Einsätze und dem jeweiligen Mandat, sehr stark. Allein für den aktuellen Jahreszeitraum (2025/2026) beläuft sich das verabschiedete reguläre Jahresbudget (Kernhaushalt) der Vereinten Nationen, das nur die internen UNO-Kosten mit Stand 2025 umfasst, auf rund 3,0 Milliarden Euro. Zusätzlich zu diesen Kernhaushalten gibt es weitere Teilbudgets, die ebenfalls im Gesamtumfang des UN-Haushalts für das Haushaltsjahr 2025/2026 enthalten sind:

Hier einige Beispiele für 2026:

- Das weltweite UN-System (inklusive WHO, UNICEF und UNHCR) weist ein jährliches Gesamtvolumen von über 60 Milliarden Euro auf. Hinzu kommen die Kosten für „Spezialmissionen“.
- Friedensmissionen (Peacekeeping): rund 5 Milliarden Euro.
- Spezialagenturen & Fonds: rund 9,5 Milliarden Euro.
- Flüchtlingshilfswerk (UNHCR): Finanzbedarf etwa 7,5 Milliarden Euro.
- Weitere Sonderorganisationen wie UNICEF, das Entwicklungsprogramm (UNDP) oder die WHO kosten zusammen rund 50 Milliarden Euro.



Die Friedensmission UNAMSIL führte nicht zum Ende des Bürgerkriegs in Sierra Leone 2002, sondern das Eingreifen des englischen Militärs, das die Rebellen zurückschlug und bis 2001 8.000 Soldaten der Regierung ausbildete (s. Bild), die einen langfristigen Frieden sichern sollten. Die UN mussten im Gegenteil eine Reihe peinlicher Rückschläge einstecken, bevor sie die Entwaffnung der Rebellen als eigenen Erfolg verbuchten.

Das bedeutet zusammengefasst:

Die bisherige „internationale Friedenssicherung“ durch die UN ist

1. absolut ineffektiv, hat
2. bisher – vor allem im Verhältnis zum Aufwand – kaum wirkliche Erfolge erzielt und kostete
3. bisher mehr als 5.400 Milliarden Euro. Das ist – wertbereinigt und real – das 65-fache des aktuellen jährlichen deutschen Verteidigungshaushalts (einschl. Sonderausgaben).

Internationale Kriege gehen jedoch heute trotz der sog. UN-Friedenseinsätze einfach weiter. Daraus kann man nur die Schlussfolgerung ziehen, dass man die UN entweder massiv renovieren oder gänzlich abschaffen muss, denn sie erfüllt ihre Kernaufgaben nicht. Diesbezüglich hat Donald Trump offensichtlich recht.

Die Kernfrage bezüglich der UN lautet, wie man deren Ausgaben minimieren und deren Erfolge in der Friedens-Politik zugleich maximieren könnte. Um heute sicherheitspolitisch erfolgreich sein zu können, muss man daher auch ein ausgewiesener Budgetierungsfachmann sein.

Die derzeitige UN-Administration hat es mit der Implementierung eines über die Jahre hinweg „planmäßig ausufernden“ Verschleierungsverfahrens geschafft, die wahren, ständig wachsenden Kosten der UNO zu kaschieren und ein System unglaublicher Mengen an permanenter, über das jeweilige Wirtschaftsjahr hinausreichender und „gedehnter“ Einzelelemente des UN-Haushalts zu implementieren, so dass heute kaum noch jemand in der Lage ist, den gesamten UN-Haushalt genau zu erfassen, zu identifizieren und zu analysieren.

Das ist der eigentliche Skandal der UN.

Heute würden sich die USA vermutlich zudem nicht mehr bereitfinden, das UN-Hauptquartier aufzunehmen. Die Gefahren von Spionage, Sabotage sowie Diebstahl und Einflussnahme wären einfach zu hoch.

Über den Autor: Brigadegeneral a.D., Dipl.-Ing. Manfred Opel, M.A., ehemalig MdB, war u.a. Referatsleiter für Strategische Planung im Internationalen Militärstab des NATO-Hauptquartiers in Brüssel sowie General für Luftwaffenangelegenheiten der Rüstung. Der Beitrag gibt seine persönlichen Einschätzungen und Ansichten wieder.

Bildauswahl und -beschriftung: Daniel Kromberg

Anzeige



AC-Stockschirm FARE®-Camouflage

**Danke, dass ihr unsere
Soldaten und Soldatinnen
nicht im Regen stehen lasst!**



KLEEN
WERBUNG

Telefon +49 (0) 49 71 / 92 33 10
info@kleen-werbung.de



GARMR-MRS C-UAV SYSTEM

BEWÄHRTES SYSTEM.
ERWEITERTE FÄHIGKEITEN.

Gemeinsam stark: Wie der DBwV seit 70 Jahren den ständigen Wandel der Bundeswehr begleitet

Es kam viel zusammen, damals, kurz vor der Gründung des Deutschen BundeswehrVerbandes. Nach den Verheerungen des Weltkriegs standen viele Deutsche einer Wiederbewaffnung sehr kritisch gegenüber. Doch der Kalte Krieg hatte begonnen, die Spannungen zwischen Ost und West nahmen stetig zu - es war klar, dass Deutschland seinen Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung Europas leisten musste. Im Mai 1955 trat die Bundesrepublik der NATO bei, wenige Monate später wurde die Bundeswehr aufgestellt.

Massive Bedrohung von außen, keine eigene Ausrüstung, der Zwang, schnell aufzuwachsen – dieser „1956-Moment“ mit seinen riesigen Herausforderungen setzte die notwendigen Kräfte frei. Die Folge war ein massiver Aufwuchs, schon 1962 hatte die Bundeswehr 390.000 Soldaten. Das Konzept der „Inneren Führung“ sollte sicherstellen, dass diese Truppe anders wurde als alle Armeen vor ihr. Der „Staatsbürger in Uniform“ in der Mitte der Gesellschaft, immer gebunden an Recht und Gesetz, der Menschenwürde und Fürsorge verpflichtet.

Den frisch gebackenen Staatsbürgern in Uniform wurde allerdings schnell klar, dass sie eine eigene Interessenvertretung brauchten, um ihre berechtigten Forderungen in Sachen Besoldung, Laufbahnen, Versorgung und soziale Rahmenbedingungen zu artikulieren. Am 14. Juli 1956 kamen 55 Soldaten rund um Oberstleutnant Karl-Theodor Molinari in Munster zusammen und gründeten den Deutschen BundeswehrVerband. Was damals noch als „besonderes Vorkommnis“ gemeldet wurde, war der Beginn einer bespiellosten Erfolgsgeschichte.

Von diesem Tag an hat der Verband nicht nur die Bundeswehr geprägt, sondern auch Entwicklungen in allen wesentlichen Phasen ihrer wechselhaften Geschichte maßgeblich begleitet.



Im Wirtschaftsgebäude 4 der Kaserne in Munster-Lager wurde 1956 der Deutsche BundeswehrVerband (DBwV) gegründet.



Im Jahr 1960 übte die Bundeswehr noch mit Material der Siegermächte, z.B. dem US-amerikanischen Panzer M47 "Patton". Seitdem hat sich in der Truppe viel getan - immer auch unter Beteiligung des BundeswehrVerbands.

Im Kalten Krieg

Was für die Bundeswehr galt, das galt für den Verband ganz genauso: Man musste bei null anfangen. Behalf sich die Bundeswehr zunächst mit Waffen und Gerät aus den Beständen der Verbündeten und wuchs dank der noch 1956 eingeführten Wehrpflicht zügig auf, knüpften die Verbandsgründer in allen Garnisonen der Truppe ein Netz von Verbindungsleuten. Der Einsatz zahlte sich aus – ein halbes Jahr nach Gründung zählte der DBwV schon 5403 Mitglieder. Sie konnten kurz danach den ersten großen politischen Erfolg feiern: Entscheidende Impulse des Verbandes fanden sich im Bundesbesoldungsgesetz von 1957 wieder – einschließlich der vom DBwV vorgeschlagenen neuen Spitzendienstgrade für Unteroffiziere mit Portepee.

Tatsache: Ohne den DBwV gäbe es weder Hauptfeldwebel noch Hauptbootsleute! Kurz darauf gelang es, die Laufbahn für den Offizier des Militärfachlichen Dienstes durchzusetzen.

Schnell hatte sich der neue Verband von einer „Selbsthilfe-Organisation“ der Soldaten zu einem selbstbewussten politischen Akteur entwickelt. Und zu einem großen. Bundeskanzler Konrad Adenauer soll den Gründern gesagt haben, wenn der Verband 100.000 Mitglieder habe, könne man ins Gespräch kommen. Diese Hürde hat der DBwV bis 1963 locker genommen.

In der Folgezeit wuchs die Bundeswehr auf 495.000 aktive Soldaten auf, wurde mit modernsten Waffen ausgerüstet und nahm eine bedeutende Rolle in der NATO-Bündnisverteidigung in Mitteleuropa ein.

Der DBwV seinerseits schärfte sein Profil: Auch die Belange der Grundwehrdienst Leistenden und der ausgeschiedenen Zeit- und Berufssoldaten wurden nun wahrgenommen. Und der Blick wurde über den Tellerrand gerichtet: 1972 war der DBwV maßgeblich an der Gründung von EUROMIL – der Europäischen Organisation der Militärverbände - beteiligt. Die Förderungsgesellschaft des Verbandes vermittelt den Mitgliedern des Verbandes, zu diesem Zeitpunkt bereits über 200.000, Versicherungen, Bausparverträge, Reisen und Weiterbildungen. Im Konfliktfall demonstrierte der Verband nun seine Kampagnenfähigkeit. Seit 1983 war er als anerkannte Spitzenorganisation offiziell beteiligt an der Vorbereitung gesetzlicher Regelungen.

Anzeige



Carl-Cranz-
Gesellschaft e.V.

Gesellschaft für technisch-wissenschaftliche Weiterbildung

70 Jahre Bundeswehrverband und 65 Jahre CCG

Die ersten fünf Jahre mussten Sie ohne uns auskommen. Seitdem liefern wir das Rüstzeug für die Herausforderungen von morgen in folgenden Bereichen:

- Sensorik und Erkundung**
- Verteidigung und Sicherheit**
- Digitale Kommunikation**
- Führung und Aufklärung**
- Informationstechnologie**
- Transport- und Verkehrssysteme**
- Werkstoffkunde und -technologie**
- Fachübergreifende Themen**

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

Seminare für
Entscheider, Fach-
und Führungskräfte
seit 1961

65
Jahre

www.ccg-ev.de

Der Weg zur Armee der Einheit

Ende der 80er Jahre wehte der „Wind of Change“ durch die Sowjetunion. Der charismatische Michael Gorbatschow stand für eine Politik der Reformen, die Bürger der DDR machten ihren Protest öffentlich sichtbar. Und der DBwV war vor der Welle: Schon im Februar 1988 machte sich eine Verbandsdelegation auf den Weg nach Moskau. Ihre Gesprächspartner überraschten mit der Ankündigung, ihre Soldaten aus Afghanistan abzuziehen. Nach dem Fall der Mauer 1989 und dem Tag der Deutschen Einheit nahm der DBwV rund 12.000 Soldaten der ehemaligen NVA auf und hob im April 1991 schließlich den Landesverband Ost aus der Taufe. Was vielen unmöglich erschienen war, im DBwV funktionierte es: Aus Gegnern wurden Kameraden. Getreu dem Motto „Ein Staat – eine Armee – ein Recht“ machte sich der DBwV nun stark für gleiche soziale Standards, gleiche Besoldung und vieles mehr.

Die neue, gesamtdeutsche Bundeswehr wurde nun eine andere – radikal verkleinert, laut Zwei-plus-vier-Vertrag auf 370.000 Soldaten und mit veränderten Aufgaben. Eine Riesen-Herausforderung für die Menschen der Bundeswehr und eine große Aufgabe für den DBwV. Bis heute wird unser Beitrag als wichtig zum Gelingen der inneren Einheit bewertet.

Auf „Wind of Change“ folgt „Out of Area“

Hatten die Menschen nach dem Ende der Block-Konfrontation einige Jahre gehofft, dass man nun, umgeben von Freunden, friedlichen Zeiten entgegensähe, begann Anfang der 1990er Jahre die Ära der Auslandseinsätze: Die ersten Soldaten der Bundeswehr wurden nach Kambodscha und Somalia entsandt, es folgten die Einsätze auf dem Balkan und in Afghanistan. Plötzlich wurde deutlich: Viele Fragen waren ungeklärt, die Soldaten waren nur ungenügend gegen die Risiken der weltweiten Einsätze abgesichert. Der DBwV machte sich folglich konsequent für ihre Rechtssicherheit und soziale Absicherung stark. Ohne die Mitwirkung des Verbandes gäbe es weder das Einsatzversorgungsgesetz noch das Einsatzversorgungsverbesserungsgesetz noch das Einsatzweiterverwendungsgesetz, das Soldaten und Zivilbeschäftigten der Bundeswehr das Recht auf Weiterbeschäftigung nach einer schweren Verwundung im Auslandseinsatz garantiert.

Eine Truppe im Wandel: Am 02.10.1992 ernannte Verteidigungsminister Volker Rühle in Leipzig erstmals ehemalige NVA-Soldaten zu Berufssoldaten der Bundeswehr.

Zwei Jahre Bundeswehr der Einheit





Und auch vor Ort war der DBwV aktiv – mit eigenen Ansprechpartnern in jedem Einsatz. Das ist übrigens bis heute so.

Dass in diesen Einsätzen inzwischen auch Frauen dienten, war auch dem DBwV zu verdanken: Der Verband hatten eine junge Frau bei ihrem Kampf um Gleichberechtigung unterstützt – und im Januar 2000 entschied der Europäischen Gerichtshof in Luxemburg zu ihren Gunsten. Damit war die Voraussetzung dafür geschaffen, dass Frauen Zugang zu allen Bereichen der Bundeswehr bekamen.

Die Einsätze rückten eine neue Gruppe von Soldatinnen und Soldaten in den Fokus: Die Veteranen. Der Verband achtete sehr darauf, dass bei ihrer Definition niemand ausgegrenzt wurde, unterstützt Veteranenarbeit auf allen Ebenen – und kümmerte sich: 2013 wurde die „Soldaten- und Veteranen-Stiftung ins Leben gerufen. Wir haben die „Invictus Games“ 2023 in Düsseldorf ebenso unterstützt wie die Einführung des Nationalen Veteranentags 2024, der nun jährlich am 15. Juni gefeiert wird.

Beständig ist nur der Wandel

Viele Dinge kann man sich erst vorstellen, wenn sie passieren. Dass 2011 die Wehrpflicht ausgesetzt wurde – vom DBwV als „enormer Fehler“ kritisiert, zum Beispiel. Und schon damals warnte der Verband davor, die Landes- und Bündnisverteidigung, immerhin grundgesetzlich vorgeschriebene Aufgabe der Bundeswehr, zu weit in den Hintergrund treten zu lassen.

Auch die Annexion der Krim durch Russland 2014 war so eine unangenehme Überraschung. Ihr folgte kein ernsthafter Bewusstseinswandel der Politik, auch wenn der DBwV immer wieder den „Ring of Fire“ beschrieb, der sich bis heute immer weiter um uns zusammengezogen hat.

Überhaupt ist der Verband mit seinem Bundesvorsitzenden Oberst André Wüstner immer ein lauter und unbequemer Mahner – folgerichtig sagte die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen 2018, der Verband sei das Salz in der Suppe, aber manchmal auch das Salz in der Wunde.

Echte Veränderungen kamen erst 2022 – als Russland die Vollinvasion der Ukraine begann. Zeitenwende, 100-Milliarden-Sondervermögen – und dann die historische Entscheidung zur dauerhaften Stationierung der Panzerbrigade 45 in Litauen. Vor diesem Hintergrund schob der Verband das „Artikelgesetz Zeitenwende“ an, das im Januar 2025 verabschiedet wurde.

Sehr aufmerksam begleitete der Verband auch den „Neuen Wehrdienst“, der 2026 eingeführt wurde – erinnert auch allen Widerständen zum Trotz immer wieder daran, dass der notwendige Aufwuchs der Truppe kaum ohne verpflichtende Elemente gelingen kann – das gilt für den neuen Wehrdienst ebenso wie für die neue Reserve.

70 Jahre später: 1956 reloaded

Aufmerksame Beobachter des politischen Geschehens werden es festgestellt haben: Es gibt in unserer aktuellen Situation deutliche Parallelen zur Anfangszeit. Heute wie damals sehen wir uns einer außerordentlichen Bedrohung gegenüber. Und wieder sind wir nicht ausreichend gerüstet und brauchen einen mächtigen Aufwuchs unserer Bundeswehr. Wie damals wissen wir, was zu tun ist – und benötigen Mut, Entschlossenheit und Tatkraft. Heute wie damals braucht es einen starken Berufsverband, um die enormen Herausforderungen zu meistern. Kurz: Wir haben wieder einen „1956-Moment“.

Der Unterschied ist: Heute sind wir schon da. Der Deutsche BundeswehrVerband wird mit aller Kraft und dem Gewicht von rund 210.000 Mitgliedern dabei helfen, die Bundeswehr wieder verteidigungsfähig zu machen. Die Gesellschaft resilienter zu gestalten. Frieden in Freiheit zu bewahren. Und wie in den letzten 70 Jahren bleibt der Mensch im Mittelpunkt: Gemeinsam stark.



© Bundeswehr/Jonas Weber

Anzeige

ZIVIL- UND KATASTROPHENSCHUTZ

und Erste Hilfe in Perfektion

Behandlung, Pflege, Dekontamination

Vollumfänglich desinfizierbare MEDI-Beds

Werkzeugloser schneller Auf- und Abbau

Hohe Belastbarkeit

Mobile und kompakte Tragetasche

Bewährt, zuverlässig, langlebig

Komfortable Schlaflösungen
und Zubehör

Individuell anpassbare Konzeptlösungen
für Lagerung, Transport und Vorhaltung
im Zivil-, Militär- und Medicalbereich



MEDICAL X



HB XLT
Mobiles Hochbett

DISCOBED
SUSTAINABLE SLEEP SOLUTIONS



RAPID DEPLOYMENT BOX
- wenn es schnell gehen muss -
Individuelle Modellauswahl
Bis zu 20 ausgepackte Betten
Auf- und Abbau bis zu 65% schneller
Rollboden- oder Europallettenlösung
Staubgeschützt verpackt
Einfach wiederbestückbar



Mehr Informationen:
www.discobed.eu
oder Email an info@discobed.eu



Disc-Bed
Disc-Bunk



Disc-Chair



XLT Maxx
3-er Etagenbett

Weniger Vorschriften, mehr Vertrauen – so gelingt gute Führung

Durch die Entbürokratisierungs- und Modernisierungsagenda soll die Bundeswehr schneller und effizienter arbeiten. Ein guter Führungsstil trägt entscheidend dazu bei. Ein Experte vom Zentrum Innere Führung erklärt im Interview, wie dies gelingen kann.

Moderator: Heute startet das Creative Bureaucracy Festival in Berlin, das größte Event für Verwaltungsinnovationen, bei dem Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft zusammenkommen, um Bürokratie neu, kreativ und effizient zu denken. Wir haben uns zu diesem Thema mit Oberst Harald Lamatsch getroffen, dem Abteilungsleiter Weiterentwicklung im Zentrum Innere Führung. Bei diesem Thema kommt es zu Beginn ganz besonders auf das Wording an.

Oberst Lamatsch: Man muss zunächst definieren, was Bürokratie ist und was Bürokratismus. Was uns alle stört, was wir als negativ wahrnehmen, ist der Bürokratismus, also die Ausuferung, das Überschwemmen des Einzelnen mit Regeln und Forderungen, die man gar nicht mehr überblicken kann. Bürokratie an sich ist ein Garant für die freiheitlich demokratische Grundordnung. Damit Menschen verpflichtet sind, die Individualinteressen und Freiheiten der Bürger und Bürgerinnen auch wahrzunehmen, dass also unsere Freiheit sichergestellt ist. Doch Bürokratie ist nur bis zu einem bestimmten Maß nützlich.

Moderator: Wir sind nicht zufällig im Zentrum Innere Führung gelandet. Dort beschäftigt man sich hauptamtlich mit der Frage, wie Führungskultur in der Bundeswehr entsteht, also damit, was geregelt wird, was vorgegeben ist und welche linke und rechte Grenze unser Handeln bestimmen. Es geht um Normen, Werte und Tugenden, die festgehalten werden, damit sie Orientierung geben und im Dienst wirklich tragen. Aus unterschiedlichsten Gründen kann es daher eine Notwendigkeit geben, etwas niederzuschreiben, Vorschriften entstehen zu lassen. Doch Oberst Harald Lamatsch gibt uns allen einen Gedankenanstoß mit, der vieles im Dienstalltag vereinfachen könnte.

Oberst Lamatsch: Der heilige Gral des fährenden Auftrags ist die Formulierung der Absicht. Das fängt mit zwei kleinen Worten an: „um zu“. Das vergessen wir oft genug. Wenn wir unsere Aufträge, die auch in Vorschriften, Weisungen, Regelungen drinstehen, mal so formulieren würden, dass wir Absichten formulieren, entstehen dadurch Freiheitsgrade und sie können die Vorschrift wahrscheinlich in Umfang und Länge halbieren. Wenn sich jeder bemüht, einmal öfter auszudrücken, wozu Menschen irgendetwas tun sollten, dann hätten wir, glaube ich, schon allein durch die Nutzung dieser zwei Wörter „um zu“ nur die Hälfte an Vorschriften.(...) Wir haben am Zentrum Innere Führung die Abteilung Coaching, mit der wir uns speziell an Führungskräfte richten, beispielsweise aus der Besoldungsgruppe A 16+ und versuchen, diese in einen Reflexionsraum zu bringen, um Bewusstsein zu schaffen: Du sollst schon wissen, was du da tust, was du da anrichtest. Sei dir dessen bewusst. Denk einmal länger drüber nach, bevor du das unterschreibst. Ist es wirklich notwendig? Die ganzen Texte, Vorgaben und kleinteiligen Dinge, die du tust – gib Freiheitsgrade schon im Rahmen von Auftrag und Befehlsgebung.

Auch ganz unten auf der taktischen Ebene, schon auf Gruppenführer-, Zugführer- und auf Kompanieebene kannst du einen Beitrag leisten für die Wahrnehmung von weniger Bürokratie, indem du Freiheitsgrade gibst und Verantwortung überträgst und dann Vertrauen hast in die Menschen. In die große Mehrzahl der Menschen können Sie Vertrauen haben.



© Bundeswehr / Daniel Kondratjuk

Führungs-Spezialist Lamatsch setzt auf mehr Vertrauen im Kampf gegen überbordende Bürokratie.

Moderator: Besonders im Einsatz zeigt sich so etwas. Hier funktioniert es einfach: Manchmal reicht ein einfaches Nicken und der Untergebene weiß genau, was zu tun ist und verspürt zeitgleich das Vertrauen des Vorgesetzten. Und das wiederum führt am Ende zum Erfolg. Ganz ohne jegliche Bürokratie.

Oberst Lamatsch: Was wir sicherlich als moderne Führung begreifen am Zentrum Innere Führung ist der Umstand der Diversität. Diversität ermöglicht es, Potenziale und Kraft zu schöpfen aus der Unterschiedlichkeit der Menschen. Das auch zu akzeptieren und anzunehmen, das ist sicherlich ein moderner Gedanke. Ein moderner Gedanke ist auch, das private Lebensumfeld stärker heranzuziehen für eigene Entscheidungen. Das aber zu berücksichtigen, in welchen Umständen sie gerade auch privat leben, das spielte früher keine Rolle. Da sind wir schon moderner geworden. Aber das sind Randaspekte der Art, wie ich führe. Das Führen an sich ist ziemlich altmodisch und was gut ist und funktioniert, ist in der Führung umgesetzt worden. Das hat auch vor 100 Jahren schon funktioniert. Wer führen will, muss Menschen mögen – das hat sich nicht verändert.

Wenn sich alle darauf fokussieren würden, warum wir Innere Führung überhaupt als Grundprinzip aufgestellt haben, nämlich dass wir mit Menschen gut umgehen und dass wir dieses Land verteidigen können, wenn es darauf ankommt, ohne uns selbst zu verraten, in unseren Tugenden und Moralvorstellungen, dann hat man den Kern schon verstanden.

Wenn man dann noch seinen Eid lebt und den Teil mit dem „treu dienen und tapfer verteidigen“ ernst nimmt, dann muss man wissen, dass Treue für alle gilt. Und tapfer zu verteidigen, das gilt nicht nur im Krieg. Das ist die ganz zentrale Botschaft: Seien Sie tapfer im Frieden! Stehen Sie auf! Machen Sie mit!

Leisten Sie Ihren Beitrag tapfer im Frieden. Denn das macht uns aus.

Text: Daniel Kromberg, Quelle: Interview Radio Andernach v. 11.06.2026; Transkription: Zentrum Innere Führung

Anzeige



Defence.
Made in Europe.

Airbus.
Made to matter

airbus.com



AIRBUS

Moderne Unterkünfte für ein ganzes Bataillon

Meilenstein für schnelle Bauprojekte in der Bundeswehr: Knapp sechs Monate nach Baubeginn zeigt der Baufortschritt die Vorteile der Vergabe mit funktionaler Leistungsbeschreibung an einen Totalunternehmer. Am 25. Juni 2026 war Richtfest für vier neue Unterkunftsgebäude in Walldürn. Seit Dezember 2025 entstehen hier 300 Unterkünfte in serieller Modulbauweise.

Die Unterkunftsgebäude in der Nibelungen-Kaserne decken den gesamten Bedarf an Einzelunterkünften für das hier stationierte Logistikbataillon 461. Die neuen Stuben verfügen über ein eigenes Duschbad und die Einheit künftig über moderne und attraktive Unterbringungsmöglichkeiten für die Soldatinnen und Soldaten am Standort.

„Wir brauchen Infrastruktur – jetzt!“ Der Aufwuchs der Bundeswehr an Personal und der Fähigkeitsaufwuchs der Streitkräfte stehe und falle mit der Bereitstellung von Infrastruktur, unterstrich Oberst i. G. Thomas Lühring, Abteilungsleiter Infrastruktur im Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBW). Der ambitionierte Aufwuchsplan erfordere „massive Investitionen in Bestandskasernen sowie komplett neue Liegenschaften“, so Lühring weiter. Das Bauprojekt inklusive der Baufeldfreimachung umfasst ein Volumen von knapp 50 Millionen Euro.

Die dazu erforderliche hohe Geschwindigkeit bei der Umsetzung sichert unter anderem ein neues Vergabeverfahren, das der Leiter des Staatlichen Hochbauamtes Schwäbisch-Hall, Matthias Chavillier, als „wichtigen Baustein zur Beschleunigung militärischer Bauvorhaben“ beschrieb.

Klare Ziele durch funktionale Leistungsbeschreibung

Möglich wurde der schnelle Bau durch die Beauftragung eines Totalunternehmers. Dabei verantwortet ein einzelnes Unternehmen die gesamte Planungs- und Bauleistung und erbringt diese auch zumindest teilweise selbst. Statt detaillierter Leistungsbeschreibungen für einzelne Gewerke und entsprechender Einzelausschreibungen erfolgen Planung und Bau auf Grundlage einer sogenannten funktionalen Leistungsbeschreibung.

Diese definiert alle erforderlichen Parameter zur Sicherstellung von Qualität, Quantität und Funktionalitäten. Die vorteilhafteste Realisierung entscheidet dann das beauftragte Unternehmen selbst. Dieses Prinzip ist in der Bundeswehr nicht unbekannt, erinnert es doch an die in den Streitkräften praktizierte militärische Auftragstaktik. Ziele und Rahmenbedingungen werden vorgegeben, aber über den besten Weg dorthin entscheiden die Verantwortlichen vor Ort.

Vier Baustellen, vier Bauphasen, kein Stillstand: Serielle Modulbauweise und synchrone Bauausführung ermöglichen bei der Errichtung der neuen Unterkunftsgebäude für das Logistikbataillon 461 in Walldürn einen verzugslosen Bau.



Ein weiterer Vorteil des Vergabeverfahrens ist, dass der Totalunternehmer auch die Verantwortung für die zeitgerechte Fertigstellung trägt. Und das bedeutet: innerhalb des Zeitrahmens oder sogar früher. Für den Totalunternehmer ist das ein wichtiger wirtschaftlicher Anreiz, um den Bau maximal zu beschleunigen, denn jede Minute Stillstand bindet die Ressourcen der Firma und kostet so bares Geld. Alle Gewerke arbeiten dafür parallel und synchron. Während auf der fertigen Außenfassade des ersten Gebäudes schon ein Richtbaum steht, reihen sich dahinter drei weitere Baustellen in unterschiedlichen Bauphasen.

Nachhaltiges Gesamtkonzept mit Holz- und Lehmbauweise

Neben der hohen Baugeschwindigkeit steht das Projekt auch für ein nachhaltiges Gesamtkonzept. Lediglich tragende Wände sind aus Beton gefertigt. Die Außenfassade besteht aus vorgefertigten Holzelementen in Tafelbauweise, für die nicht tragenden Innenwände werden innovative Baustoffe wie Lehm verwendet. Das reduziert den Einsatz des extrem energieintensiven Baustoffs Beton.

Das ist gut für die Umwelt, angenehm für das Raumklima und flexibel in der langfristigen Nutzung. Bei Bedarf können die Zwischenwände für alternative Raumzuschnitte leicht entfernt werden. Darüber hinaus wird Regenwasser in einer Zisterne zur Nutzung durch das örtliche Bundeswehr-Dienstleistungszentrum gesammelt, energetische Effizienz umgesetzt und das Dach mit Photovoltaikpanels bedeckt.

Pilotprojekte für schnelle Infrastruktur

Der Neubau der Unterakunftsgebäude in Walldürn ist eines von mehreren wegweisenden Pilotprojekten, mit denen das BAIUDBw den schnellen Aufbau der Infrastruktur für den Aufwuchs der Bundeswehr vorantreibt. Neben der in Walldürn praktizierten Beauftragung eines Totalunternehmers werden weitere Varianten des Verfahrens getestet. Ein [Quick-Guide Funktionale Leistungsbeschreibungen für Totalunternehmerleistungen](#) (PDF, 1,4 MB) beschreibt diese ausführlich, auch für potenzielle Auftragnehmer aus der Privatwirtschaft.

Text: Ulrich Veen

So gelingt der Aufwuchs: Beim Richtfest in Walldürn hob Oberst i. G. Thomas Lühning den gemeinsamen Willen von Bundeswehr, Bauverwaltung und Wirtschaft hervor, beim schnellen Bau von Infrastruktur neue Wege zu gehen



© Bundeswehr/Ulrich Veen

Anzeige

THERE'S NO BUSINESS
LIKE **BUDDY** BUSINESS



STUBE 318
PUBLIC RELATIONS SERVICES

Presenting: Your business

www.stube318.de

Kanada nennt bevorzugten Lieferanten für U-Boot-Programm

Das Unternehmen TKMS begrüßt die Entscheidung der kanadischen Regierung, das Team 212CD als bevorzugten Lieferanten für das Canadian Patrol Submarine Project (CPSP) auszuwählen, in dessen Rahmen potenziell zwölf 212CD-U-Boote geliefert werden sollen.

Die Ankündigung markiert den Beginn eines neuen Kapitels in der Verteidigungszusammenarbeit zwischen drei engen NATO-Verbündeten, in dem gemeinsames Fachwissen und gemeinsame Sicherheitsinteressen zusammengeführt werden. Für Kanada stellt die Entscheidung eine bedeutende langfristige Investition in die maritime Sicherheit und die souveränen Fähigkeiten dar. Für Deutschland und Norwegen spiegelt sie eine Vertiefung der Partnerschaft mit einem wichtigen Verbündeten sowie ein gemeinsames Engagement zur Förderung der transatlantischen Sicherheit, der technologischen Zusammenarbeit und der operativen Interoperabilität wider.

„Dies ist ein wichtiger Tag – für Kanada, Deutschland und Norwegen“, erklärte Oliver Burkhard, CEO von TKMS. „Mit dem CPSP übernehmen wir stolz den größten Einzelauftrag in der Geschichte von TKMS – und damit geht ein klares Versprechen einher: Wir werden liefern. Wir sind bereit, zusammen mit der kanadischen Regierung, der kanadischen Industrie sowie unseren Partnern in Deutschland und Norwegen daran zu arbeiten, eine U-Boot-Fähigkeit von Weltklasse bereitzustellen, die die Sicherheit stärkt, wirtschaftliche Chancen schafft und dauerhafte Vorteile für künftige Generationen generiert.“

Die Partnerschaft soll zur Entwicklung eines eigenständigen kanadischen Instandhaltungsgeschäfts beitragen, die Personalentwicklung und den Kompetenztransfer fördern, inländische Lieferketten stärken sowie kanadischen Unternehmen im Laufe der Zeit Möglichkeiten eröffnen, sich an einem breiteren internationalen Verteidigungsökosystem zu beteiligen. Damit würde die Partnerschaft nicht nur die gemeinsame Verteidigungszusammenarbeit vertiefen, sondern auch eine neue Dimension der industriellen Zusammenarbeit eröffnen.

„Wir sind überzeugt, dass diese trilaterale Partnerschaft zwischen Kanada, Deutschland und Norwegen nachhaltigen Wert schaffen wird – für TKMS, für unsere Aktionärinnen und Aktionäre und für die transatlantische Sicherheitsarchitektur. thyssenkrupp steht fest an der Seite von TKMS bei diesem wichtigen Schritt“, sagte Miguel López, Vorstandsvorsitzender der thyssenkrupp AG.

Nun, da das Programm in seine nächste Phase eintritt, will TKMS eng mit den Regierungen Kanadas, Deutschlands und Norwegens sowie mit kanadischen Industriepartnern zusammenarbeiten, um die Vertragsverhandlungen, die industrielle Planung, die Personalentwicklung und die Umsetzungsmaßnahmen voranzutreiben. TKMS rechnet damit, das erste U-Boot der 212CD-Klasse bis 2033 auszuliefern.

Text: TKMS; DK



Partnerschaft für Brasiliens Luftverteidigung wird gestärkt

Die Unternehmen Diehl Defence und AEL Sistemas S.A. haben Anfang Juli in Brasília ein Memorandum of Understanding (MoU) zur Zusammenarbeit in den brasilianischen Programmen für Ground-Based Air Defence (GBAD) mittlerer und erweiterter Reichweite unterzeichnet. Das MoU bekräftigt die seit Jahren bestehende strategische Partnerschaft beider Unternehmen und ist ein wichtiger Baustein für ein gemeinsames Engagement für die Weiterentwicklung der brasilianischen Luftverteidigung.

Für die Luftverteidigungssysteme IRIS-T SLM für den mittleren und zukünftig IRIS-T SLX für den erweiterten Reichweitenbereich tritt Diehl Defence als Hauptauftragnehmer auf. AEL Sistemas übernimmt als nationaler Kooperationspartner die Integration brasilianischer Technologiekomponenten wie z.B. der taktischen Datenverbindungen „Brazilian Link BR2“ sowie den logistischen Support im Land.

Das MoU stärkt die aktuell laufenden Projekte, wie z.B. die Lieferung von IRIS-T als Standardbewaffnung der F-39-Gripen-Kampfflugzeuge an die brasilianische Luftwaffe. Damit wird auch auf die seit Jahren etablierte Zusammenarbeit beider Unternehmen mit der geplanten Integration von IRIS-T in die brasilianische F-5 aufgebaut. Die bestehende Kooperation innerhalb der IRIS-T-Programme schafft somit auch eine Systemgrundlage, von der das brasilianische GBAD-Programm profitieren wird.

Die Unterzeichnung fand während einer Delegationsreise von Wirtschaftsvertretern unter der Führung von Bundesaußenminister Dr. Johann Wadephul durch Südamerika statt. Damit ist die Absichtserklärung zugleich auch ein Beleg für die intensivierte deutsch-brasilianische Kooperationsagenda.

Helmut Rauch, CEO von Diehl Defence, erklärte: „Brasilien ist für Diehl Defence in Südamerika ein strategisch wichtiger Markt. Mit AEL Sistemas haben wir einen Partner, der die Anforderungen der heimischen Streitkräfte kennt und versteht. Unsere jahrelange Kooperation verbindet die einsatzerprobte Leistungsfähigkeit des IRIS-T Lenkflugkörpers sowie von IRIS-T SLM mit brasilianischer Integrationskompetenz. Damit schaffen wir auch die industrielle Grundlage für das System IRIS-T SLX – das ist die Basis für eine souveräne und nachhaltige Luftverteidigungslösung für Brasilien.“

Text: Diehl Defence; DK

(v.l.) José Eduardo Klippel (Senior Director of Business, AEL Sistemas), Anderson Arruda (Director Department of Mineral Transformation and Technology, Ministry of Mines and Energy), Helmut Rauch (CEO Diehl Defence), Bundesaußenminister Dr. Johann Wadephul



© Felix Zahn/AA/photothek.de

IM PRESSUM

Newsletter Verteidigung veröffentlicht in deutscher Sprache aktuelle Aufsätze, Berichte und Analysen sowie im Nachrichtenteil Kurzbeiträge zu den Themen Rüstungstechnologie, Ausrüstungsbedarf und Ausrüstungsplanung, Rüstungsinvestitionen, Materialerhaltung, Forschung, Entwicklung und Erprobung sowie Aus- und Weiterbildung. Newsletter Verteidigung hat eine europäische, aber dennoch vorrangig nationale Dimension. Aus der Analysearbeit von Newsletter Verteidigung werden regelmäßig hoch priorisierte Themenfelder aufgegriffen, welche interdisziplinär einen Bogen spannen von der auftragsgerechten Ausstattung der Bundeswehr mit Wehrmaterial, der Realisierungsproblematik von militärischen Beschaffungsvorhaben, der Weiterentwicklung der Streitkräfte, den technologischen Trends und Entwicklungstendenzen bei Wehrmaterial, der Weiterentwicklung der heimischen wehrtechnischen Industriebasis und der Rüstungs- und Sicherheitspolitik bis hin zur Rüstungszusammenarbeit mit Partnerländern und gemeinsamen Beschaffung von Wehrmaterial.

Der Verlag hält die Nutzungsrechte für die Inhalte des Newsletter Verteidigung. Sämtliche Inhalte des Newsletter Verteidigung unterliegen dem Urheberrechtsschutz. Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten, die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Verlages liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.

Newsletter Verteidigung erscheint auf elektronischem Wege (PDF-Format) mit 50 Ausgaben im Jahr. Eine Weiterverbreitung von Inhalten des Newsletter Verteidigung darf nur im Wege einer Gruppenlizenz erfolgen. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf mit Einschreiben gekündigt wird.

Newsletter Verteidigung ist eine offizielle Publikation der VDS Verlag Deutsche Spezialmedien GmbH, 35037 Marburg. Die in diesem Medium veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Mediums darf – abgesehen von den Ausnahmefällen der §§53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten – ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren) reproduziert oder eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben dem Verlag vorbehalten. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken und verpflichtet gemäß §54 (2) UrhG zur Zahlung einer Vergütung.

Verlagsanschrift:
VDS Verlag Deutsche
Spezialmedien GmbH

Ketzerbach 25-28
35037 Marburg, Germany

Tel. +49 6421 1832-899
Fax +49 6421 18329-05

E-Mail:
verlag@deutsche-spezialmedien.de

Gerichtsstand:
AG Marburg an der Lahn

**Verantwortlicher im Sinne
des Presserechts:**
Daniel Kromberg (DK),
Chefredakteur

E-Mail:
redaktion@newsletter-verteidigung.de

